Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73/75
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 954, 955, 1580, 1582, 1583. für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Amt Hansa 2502, 2503, 2504.

Preis für die Anzeigenzeile: Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 253. Montag, 26. Mai 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Deutsch-Oesterreichs Drängen auf Verhandlungsbeginn.

Meldung des Wiener Telegr.-Korr.-Bur.

St. Germain en Laye, 24. Mai.

Heute wurde dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, folgende Note der deutsch-österreichischen Delegation überreicht:

Herr Präsident!

Durch die Note der französischen Mission in Wien vom 2. d. M. wurde die Regierung der deutsch-österreichischen Republik in Kenntnis gesetzt, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte beschlossen habe, sie nach St. Germain en Laye für Montag, den 12. Mai, zur Prüfung der Friedensbedingungen einzuladen. Nach Einholung der Zustimmung der Nationalversammlung hat sich die deutsch-österreichische Regierung beeilt, ihre Bevollmächtigten zu ernennen und ihre Delegation zu organisieren. Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung, die die Friedensunterhandlungen für die Rettung des Landes und die Wiederherstellung des materiellen Lebens des Volkes haben, hat die Regierung an die Mitarbeit wichtiger Beamten des Staates, Rechtslehrer und von Experten in den politischen Wissenschaften sowie an die von Vertretern der Provinzen appelliert, ohne auf die vitalen Interessen der Verwaltung Rücksicht zu nehmen, zu deren Wahrung diese letzteren berufen sind. Die Delegation kam am 14. d. M. in St. Germain an. Gemäß der Einladung des Herrn Präsidenten des Friedenskongresses wurden die Vollmachten am 19. d. M. dem Herrn Präsidenten des Komitees für die Vollmachtprüfung überreicht, und am 22. d. M. wurden die Vollmachten der anderen in Paris vereinigten Mächte mit der Anerkennung daß sie in gültiger Form ausgestellt seien, der Militärmission der französischen Republik in St. Germain zurückgegeben. Seither ist der deutsch-österreichischen Delegation keine Mitteilung über die Eröffnung der Verhandlungen zugekommen. Das lange Warten auf den Frieden erweckt nun im Geiste des deutsch-österreichischen Volkes eine um so schwerere Beunruhigung, als die Verzögerung den Massen unverständlich erscheint und notwendigerweise Gerüchte und Befürchtungen aller Art hervorrufen muß. Eine solche Stimmung der öffentlichen Meinung weckt ernste Sorgen in bezug auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in unserem Vaterland, besonders in den großen industriellen Zentren sowie in den bestritten Gebieten und zwar sowohl in den durch die Nachbarstaaten besetzten als auch in den militärischen Einbrüchen preisgegebenen. Dieser Zustand der Unsicherheit scheint geeignet, einer Erregung der Massen, in der ungesunde Keime ihren Gärstoff finden, ein günstiges Terrain zu bieten. Die deutsch-österreichische Delegation glaubt übrigens hinzufügen zu müssen, daß die durch den verlängerten Aufenthalt einer großen Zahl von Beamten im Ausland verursachten Kosten nicht im richtigen Verhältnis mit unserer mehr als prekären wirtschaftlichen Lage, die den Alliierten wohl bekannt ist, stehen. Die deutsch-österreichische Delegation wendet sich daher an das höfliche Entgegenkommen des Herrn Präsidenten des Friedenskongresses, um die Eröffnung von Unterhandlungen mit Deutsch-Oesterreich in kürzester Frist zu erlangen. Es erscheint in der Tat den Wünschen dieser hohen Versammlung zu entsprechen, wenn eine Entscheidung, von der das Schicksal und die Zukunft eines in Ungewißheit und Angst leidenden Volkes abhängt, nicht weiter aufgeschoben wird.

St. Germain, den 24. Mai 1919. Renner.

Am Mittwoch Uebergabe der Bedingungen.

T. U. **Paris**, 25. Mai. Der Rat der Vier hat bezüglich der Frage von Fiume noch keine Entschließung fassen können, da er durch die Feststellung der letzten Bedingungen für Deutsch-Oesterreich noch aufgehalten wurde. Er beschäftigt sich gegenwärtig mit der Verteilung der österreichischen Schuldenlasten zwischen den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und mit der Feststellung der Höchstzahl der von Oesterreich zu haltenden Truppen. Die österreichischen Vertreter werden am Mittwoch zusammenberufen werden und acht Tage zur Beantwortung der Bedingungen Zeit haben.

Die Finanzfragen des Friedensvertrages mit Oesterreich.

⊙ **Paris**, 25. Mai. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Der Vierrerat hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, um Einzelheiten der finanziellen Klausel des Friedensvertrages mit Oesterreich zu besprechen. Der Vierrerat untersuchte die wirtschaftliche Klausel des Vertrages. Die Tschechoslowaken, die Rumänen und die Polen werden Montag durch die Kommission für die Aufteilung der Schadensersatzleistungen eingeladen worden. Es handelt sich um die Frage, ob diese Staaten über ihren Anteil an der österreichisch-ungarischen Staatsschuld hinaus an der Schadensersatzleistung der ehemaligen Monarchie teilnehmen müssen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage beschloß der Vierrerat, daß General Sauts und Haynes für England und Loucheur und Tardieu für Frankreich an den Diskussionen teilnehmen sollen. Die Kommission zur Prüfung der Vollmachten der österreichischen Delegierten hielt unter dem Vorsitz Cambons eine Sitzung ab und stellte fest, daß nur der Friedensdelegierte Renner mit vollständigen Vollmachten versehen sei, da die anderen Delegierten nur als Berater fungieren.

Die Demissionsgesuche amerikanischer Delegierter.

S. **Haag**, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Daily Herald" gibt sich die französische Presse alle Mühe, den Rücktritt einiger amerikanischer Delegierter als übertrieben hinzustellen. Sie sucht den Schein zu erwecken, als ob ihr Abschiedsgesuch nicht aus Unzufriedenheit mit dem Friedensvertrag erfolgt sei. Dagegen stellt das Blatt aufs neue fest, daß die Demissionsgesuche aus Unzufriedenheit der Delegation über die Nichtbeachtung ihrer Vorschläge erfolgt ist, und teilt mit, daß neuerdings auch Williams, der Sachverständige der amerikanischen Kommission für ostasiatische Fragen, der jahrelang der Chef der diesbezüglichen Abteilung im amerikanischen Auswärtigen Amt war, seine Demission genommen hat. Als Grund wird seine Unzufriedenheit mit der Lösung der Schantungfrage angenommen.

Ein erstes Zugeständnis.

Nachgeben des Verbandes in der Saargebietsfrage.

Drahtmeldung.

Versailles, 25. Mai.

Die Pariser Morgenblätter bestätigen die Meldungen der gestrigen englischen Blätter aus Paris, denen zufolge der Vierrerat einzelne Punkte der Stipulationen über das Saarbecken modifiziert habe. Wie „Journal" wissen will, hat der Vierrerat die Forderung fallen lassen, daß Deutschland den Rückkauf des Saarbeckens in Gold bezahle, falls das nach 15 Jahren stattfindende Plebiszit zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die neue Fassung sieht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht nicht durch Zahlungen in Metallgeld, sondern auch durch andere Bürgschaften geltend machen kann. Der Vierrerat machte diese Konzession besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung des Saarbeckens verletzt worden wäre, falls sie sich im Plebiszit für Deutschland entschieden haben würde, aber Deutschland den Rückkauf in Gold nicht hätte vornehmen können, und das Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugefallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war. Die Blätter erwarten, daß die Antwort Clemenceaus an Brockdorffs Note über das Saarbecken im Laufe des heutigen Tages der deutschen Friedensdelegation zugestellt wird. „Petit Journal" glaubt zu wissen, daß dies bereits geschehen sei, welche die Entente mache. Aber Brockdorff solle nun nicht seinen Ehrgeiz allzu hoch einstellen, weil eine feiner unzähligen Beschwerden als gerechtfertigt befunden wurde. Die Entente habe gerne nachgegeben, aber einmal sei nicht jedesmal.

Die Notwendigkeit der Aenderung des Vertrages.

Amsterdam, 25. Mai. Der Pariser Korrespondent der „Deutsche Niews" meldet seinem Blatte unter dem 22. Mai: In Kreisen der Konferenz nimmt die Ueberzeugung zu (und zwar auch unter den Franzosen), daß an dem Vertrage erhebliche Aenderungen vorgenommen werden müssen, ehe von der endgültigen Unterzeichnung die Rede sein könne. Ein Delegierter erklärte dem Korrespondenten, die nationale Ehre jeder einzelnen der Verbandsmächte fordere die Abänderung dieses Vertrages. Es werde zweifellos abgeändert werden, aber man könne noch nicht vorher sagen, ob er genügend abgeändert werden würde, um ihn zu einer handlichen Grundlage für einen Frieden zu machen, den der Völkerbund im Laufe der Zeit verbessern könne.

Kritische Lage der rumänischen Truppen.

P. **Wien**, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Militärische Korrespondenz schreibt: Die Lage der am Dnjestr operierenden rumänischen Truppen ist äußerst kritisch. Falls die Entente nicht in der Lage sein sollte, in kürzester Zeit entsprechende Verstärkungen dorthin zu entsenden, ist mit Sicherheit mit einem Durchbruch der russischen Roten Armee zu rechnen. Die herangezogenen französischen Hilfstruppen aus Kleinasien, die in Fußmärschen wenig Raum gewinnen, können kaum mehr rechtzeitig eintreffen.

Ein Ultimatum der englischen Arbeiter.

Eigene Drahtmeldung.

Th. **Christiania**, 25. Mai.

„Tidenstegn" berichtet in einem Sonderbericht aus London unter der Ueberschrift „Ein Ultimatum der Tripleallianz der englischen Arbeiter", daß das Parlamentskomitee des Fachvereinskongresses gestern eine Konferenz mit Bonar Law über eine Reihe politischer Fragen hatte. Das Komitee überreichte eine Entschließung, die von den Grubenarbeitern, den Eisenarbeitern und Transportarbeitern angenommen wurde und das Aufgeben der Intervention in Rußland, die Einstellung der Anschreibungen für das Heer und Aufhebung der Blockade über Deutschland fordert. Die Tripleallianz droht mit dem Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Die Antwort Bonar Laws wird als nicht befriedigend betrachtet. Der Arbeitsminister verfügt heute London, um in Paris mit Lloyd George über die Lage zu konferieren.

Petershof eingenommen.

V. **Kopenhagen**, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Das russische Informationsbureau in Stockholm hat eine Mitteilung erhalten, daß die sogenannte „Nordarmee", eine aus russischen Freiwilligen zusammengesetzte Gruppe, Petershof eingenommen hat. Die englische Flotte soll am Erfolg beteiligt sein. (Petershof liegt nur 21 Kilometer von Petersburg entfernt.)

Eine französische Stimme für den deutschen Völkerbundsentwurf.

Versailles, 25. Mai. Der ehemalige Deputierte Le Foyer erklärt in der „Vérité", der deutsche Völkerbundsentwurf, welcher Clemenceau überreicht worden sei, und den das französische Publikum leider nur aus Auszügen kenne, sei viel vollständiger, kühner und besser als der Ententeentwurf. Le Foyer betrachtet einzelne Artikel und hebt besonders die einschlagenden Bestimmungen des Artikels 4 des deutschen Entwurfs über die Unzulässigkeitserklärung aller Gebietsverträge und Festsetzungen über das Weltparlament und über das obligatorische Schiedsverfahren hervor. Le Foyer schreibt: Heute ist es Deutschland, welches das obligatorische Verfahren vorschreibt, aber wir wollen nichts mehr davon. Wenn Clemenceau in seiner Antwort an Brockdorff sagt, daß die allgemeine Durchführung des obligatorischen Schiedsverfahrens augenblicklich nicht zu verwirklichen ist, so will das nur besagen, daß die Entente es nicht verwirklichen will. Der Ententeentwurf verwischt nur den deutschen Militarismus, während das deutsche Projekt eine allgemeine Abrüstung will. Unsere Heimkehrer sagten, man könne die Deutschen niemals Gerechtigkeit lehren. Jetzt wird sie von den Deutschen verstanden und von den Siegern verkannt und verachtet.

Politische Tendenznachrichten.

V. **Basel**, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des Ukrainischen Korrespondenzbureaus aus Stanislau sind alle Nachrichten über den Uebergang Petljuras zu den Bolschewisten und den Einmarsch legterer in Galizien reine Erfindung, deren Zweck die Rechtfertigung der gegen den Willen der Entente unternommenen polnischen Offensive ist.

Der Volksverrat der Landauer 21.

Schärfster Protest der deutschen Regierung.

In Ergänzung des bereits gemeldeten Protestes vom 23. Mai gegen die beabsichtigte Proklamierung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger am Sonntag folgendes Telegramm an General von Hammerstein in Spa gerichtet, mit dem Auftrag, es unter allen Umständen noch im Laufe des Tages durch einen besonderen Boten dem General Nudant zuzustellen:

„Der Regierungspräsident der Pfalz, von Winterstein, der, wie hier bekannt, sich den Bestrebungen des von General Gérard unterstützten Aber Ausschusses in Landau auf Anstrebung einer selbständigen pfälzischen Republik aufs schärfste widersetzt hat, ist zwangsweise über den Rhein abgeschoben worden. Sämtliche pfälzischen Beamten sind von den französischen Besatzungsbehörden aufforsert worden, der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz, die aus der Mitte der 21 Landauer Herren unter Führung der am Telegramm vom 23. Mai genannten Haas, Schmitt und Hofer gebildet werden soll, den Treueid zu leisten.

General Gérard hat eine Bekanntmachung für die Pfalz erlassen, in der es heißt: „Es ist dem Generalkommando der französischen Armee zur Kenntnis gekommen, daß Landauer Bewohner wegen ihrer sympathischen Gesinnung für Frankreich seitens gewisser deutscher Beamten Ungelegenheiten erfahren mußten. Solche Handlungen seitens jener Beamten bilden einen Mißbrauch der Amtsbefugnisse und einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch, sowie eine Unfreundlichkeit dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich gegenüber." Schließlich wird in dieser Bekanntmachung erklärt, daß das französische Besatzungskommando der Pfalz allen Bestrebungen auf Selbständigmachung einer pfälzischen Republik im Anschluß an Frankreich wohlwollendste Förderung zuteil werden lassen wird und alle gegenteiligen Schritte zu unterdrücken gedenkt."

Ersuche auf Grund vorstehenden Tatbestandes unverzüglich bei der Interalliierten Kommission eine Protestnote zu überreichen und hierin die nachstehende Erklärung abzugeben:

Der französische Oberbefehlshaber in der Pfalz, General Gérard und die ihm unterstellten französischen Besatzungsbehörden haben es unternommen, unter Mißbrauch der ihnen auf Grund des Waffenstillstandsvertrags eingeräumten Rechte, einen Staatsstreich zu fördern und zu unterstützen, welcher die Loslösung der Pfalz von Bayern und vom Deutschen Reiche bezweckt. Der Versuch der Proklamierung einer selbständigen Republik Pfalz, und der gewaltsamen Lösung des staatsrechtlichen Verbandes zu Bayern und zum Deutschen Reich ist von insgesamt 21 Persönlichkeiten ins Werk gesetzt worden. Die überwältigende Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung ist voller Empörung und Entrüstung über das hochverräterische Treiben dieser Persönlichkeiten und ist überzeugt, daß die Führer der Bewegung nur von niedrigen und unterirdischen Beweggründen geleitet werden.

Am 18. Mai sind die pfälzischen Abgeordneten, die Mitglieder des pfälzischen Landrates, als des verfassungsmäßigen Selbstverwaltungskörpers der Pfalz, die Führer der politischen Parteien, die Vertreter von Handel, Industrie und Handwerk, des Weinbaus, der pfälzischen Genossenschaften, der freien und christlichen Gewerkschaften und des Kreisverbandes Pfalz des bayerischen Beamten- und Lehrerverbandes auf Berufung des Regierungspräsidenten zusammengetreten. Sie haben in einer einstimmigen Entschließung den Willen der Bevölkerung festgestellt, daß die Pfalz am gemeinsamen Vaterlande auch in der Stunde der Not unlöslich festhalte.

Wenn nach diesen unzweifelhaften Bekundungen des Willens der pfälzischen Bevölkerung der französische Oberbefehlshaber die hochverräterischen Pläne einer handvoll Leute durch Gewaltmaßnahmen und Gewissenszwang gegenüber den pfälzischen Beamten und gegenüber der Bevölkerung weiter unterstützt, so verstößt dieses Vorgehen wider das Völkerrecht und wider die internationale Moral.

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Vorgehen des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz erneut schärfsten und feierlichen Protest. Die deutsche Regierung kann nicht annehmen, daß in dem Zeitpunkt, da in Versailles die Bevollmächtigten der deutschen Regierung und der alliierten und assoziierten Regierungen zwecks Herbeiführung des Friedensschlusses zusammengetreten sind, ein offenkundiger Rechtsbruch und eine flagrante Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, als welches das Vorgehen des Generals Gérard bezeichnet werden muß, mit Billigung des Höchstkommandierenden der alliierten Streitkräfte, Marschalls Foch, und mit Billigung der französischen Regierung erfolgt. Die deutsche Regierung glaubt daher schon jetzt ohne Erfolg an die von allen Völkern und Staaten gebilligten Grundsätze des künftigen Völkerbundes und der Gerechtigkeit, wie der internationalen Moral, appellieren zu können, indem sie die sofortige Abberufung des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz und die sofortige Rückgängigmachung seiner Vergewaltigungsmaßregeln erwartet.

Clemenceau täuscht Frankreich weiter.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Versailles**, 24. Mai.

Die französische Presse hat sich bisher alle Mühe gegeben, ihren Lesern die Ansicht einzuflößen, als bestünden zwischen dem Führer der deutschen Delegation und dem Berliner Kabinett Meinungsverschiedenheiten, als gehöre Brockdorff-Rantzau zu denjenigen, die geneigt wären, den Friedensvertrag ohne weiteres zu unterzeichnen. Der Wunsch war wohl auch hier der Vater des Gedankens. Es lag im Interesse der Regie, Gegensätze aufzustellen, die nicht vorhanden sind, zwischen Delegation und Kabinett Verschiedenheiten der Auffassung zu erdichten.

Es wird nun besonders für die französische Oeffentlichkeit eine Enttäuschung sein, erfahren zu müssen, daß die angeblichen Berliner Kundgebungen zugunsten einer Unterzeichnung des Friedensvertrages lediglich zur Festigung der Ueberzeugung bei den verantwortlichen deutschen Stellen beigetragen haben, daß der Friede, so wie der Entwurf ihn uns aufzwingen will, unannehmbar ist. Der „Temps" hat zwar versucht, die Mittel anzugeben, durch die man des widerspenstigen deutschen Dämons Herr werden könnte, und ist damit fast gestern von den allzu großen Optimisten abgerückt. Andere Blätter sind ihm gefolgt, und es bleibt abzuwarten, ob die Gesamtheit der französischen öffentlichen Meinung den kommenden Ereignissen mit derselben, wenn auch nur gebaudelten, Kaltblütigkeit entgegensieht wie der „Temps". Allerdings dürfen auch wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die um den erhofften Frieden Betrogenen die Folgen aus der Tatsache ziehen werden, die uns heute zur Hilfe kommen aber daß die Furcht davor Clemenceau und seine Verbündeten zu einem Einlenken veranlassen müsse. Gewiß ist das Friedensbedürfnis besonders in Frankreich außerordentlich stark und das Bewußtsein des drohenden Zusammenbruches offensichtlich. Noch aber steht Wolf hinter der Regierung, die mit aller Energie daran arbeitet, ihm den Inhalt des Friedensvertrages weiter vorzuenthalten und ihm an Hand der Antworten auf die deutschen Noten deren Gegenstandslosigkeit einzuhämmern.

Hatte man gefaßt, die Antwort Clemenceaus auf die deutsche Note, betreffend die Heimbeförderung unserer Gefangenen, als den Höhepunkt der bisher erteilten Antworten bezeichnen zu können, so belehrte uns die Antwort auf die Note über die wirtschaftlichen Fragen eräußer, was wir vom Verband noch zu erwarten haben. Uebertriebene Zeremonien wurden die sachlichen Ausführungen unserer wirtschaftlichen Sachverständigen genannt und im Stil der Zeitungspolemik von Herrn Tardieu abgetan, als handle es sich darum, diese Polemik mit beißendem Hohn zu erledigen. Und wie wurde diese Antwort von der französischen öffentlichen Meinung aufgenommen? Mit Genugtuung von den einen, mit Zweifel von den anderen. Nicht nicht Herr Tardieu, diese Note der Alliierten sei ein Meisterwerk und die angewandte Methode sei richtig, da sie den Vorteil habe, dem Frieden den Schein eines Diktats, und nicht eines Verhandlungsfriedens zu geben?

Ob die wenigen, beinahe nüchternen Stimmen der Vernunft gegen die Majorität aufkommen werden, erscheint mehr als fraglich. Zu ihnen gehört die „Heure", die als einziges Blatt den Irrtum beklagt, in dem sich das französische Volk befindet, wenn es glaubt, die Berliner Umgibe hätten den Kern einer Unterzeichnung dieses Vertrages ausgedrückt. Weit entfernt davon schreibt Sembat, der die Kundgebungen auf seine Weise kommentiert: „Sie betrachten alle diesen Frieden als niederschmetternd und undurchführbar. Wohl sie, die Unabhängigen, in Deutschland wollen, sei das Ende des Krieges, Sie hätten begriffen, daß das beste Mittel, zum Frieden zu kommen, das sei, mit der Unterzeichnung dieses schlechten Friedens anzufangen." Sembat verspricht sich von den auf Sonntag geplanten Kundgebungen der Pariser Sozialisten, daß sie der Regierung den Willen des französischen Volkes zeigen werden und dieser Wille sich gegen eine Fortsetzung des Krieges aussprechen. Was den weiteren Gang der Verhandlungen betrifft, so fragt Sembat, ob die Entente diese Verhandlungen verweigern würde? Alles sei möglich, auch diese Dummheit, doch solle man diese Weigerung nicht tragisch nehmen, da die Diskussion, wenn sie nicht vor der Unterzeichnung stattfindet, am Tage nach der Unterzeichnung einsetzen müsse. Der Vertrag wimmle von Irrtümern, sie für Frankreich ebenso nachteilig seien wie für Deutschland. Die Zerschneidung Preußens durch die Enklave von Danzig nennt Sembat verhängnisvoll, da man damit die Rachegefühle jüchte. Es sei ein Irrtum und eine Gefahr, diesen totgeborenen Völkerbund aufzubauen, statt einen großen internationalen Organismus zu schaffen, der allen die allgemeine Abrüstung sichere. Ein Irrtum und eine Gefahr sei es, mit einem seltsamen Doppelschlag Deutschland und Frankreichs Ruin vorzubereiten. Einem Industrielkoll finanzielle Verpflichtungen vorzuschreiben, deren Höhe es nicht kenne, sei eine nicht ernst zu nehmende Taktik. Alle vernünftigen Leute müßten darüber mit den Achseln zucken. Wenn man denn noch bedenke, daß weit entfernt davon, den französischen Steuerzahlern zu schonen, dieser vollständig niederdrückt werde, so werde das kritische Buch vollständig lächerlich gemacht. Sembat meint daher, die Deutschen sollten den Frieden unterzeichnen. Dann werde der Krieg beendet, die vernünftigen Menschen würden sich dann ans Werk setzen. Diese Stimme beweist, wie wenig Vertrauen die französische Linke in die Vernunft der Ententegegenzen setzt und wie wenig Hoffnung sie selbst hat, wenigstens Verhandlungen beschritten werden sollte.

Schlesiens Widerstand gegen den Versailler Vertrag.

Amsterdam, 25. Mai. Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald" meldet seinem Blatte, er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern und den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vorgefunden. Sie protestieren alle dagegen, von einem Staate, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unsicher seien. Der Korrespondent meldet ferner, daß der Geist des Widerstandes gegen die Friedensbedingungen der Verbandsmächte von Tag zu Tag wachse. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichne, was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlesien sich niemals fügen.